



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 8. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport vom
30.05.2017

Anwesend:

siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:

Susanne Havermeier

Die Sitzung fand im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Verpflichtung und Einführung einer neu in den Ausschuss gewählten sachkundigen Bürgerin
Vorlage: FB 4/597/2017
2. Einrichtung von Grundschulen als Orte Gemeinsamen Lernens
Vorlage: FB 4/593/2017
3. Bericht zur Umsetzung von Schulsozialarbeit in Lüdinghausen
Vorlage: FB 4/594/2017
4. Medienkompetenz zu sozialen Netzwerken an den weiterführenden Schulen Lüdinghausens und in der Stadtgesellschaft - Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: FB 4/595/2017
5. Berichte
6. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

7. Berichte
8. Anfragen

Öffentlicher Teil:

TOP 1) Verpflichtung und Einführung einer neu in den Ausschuss gewählten sachkundigen Bürgerin

Vorlage: FB 4/597/2017

Da SkB. Bartsch entschuldigt nicht anwesend ist, entfällt dieser TOP.

TOP 2) Einrichtung von Grundschulen als Orte Gemeinsamen Lernens

Vorlage: FB 4/593/2017

Herr Kortendieck führt in den Tagesordnungspunkt ein und verweist auf das der Sitzungseinladung beigefügte Schreiben des Schulamtes des Kreises Coesfeld vom 25.01.2017, mit dem die Stadt Lüdinghausen aufgefordert wird, die Zustimmung zur dauerhaften Einrichtung der Ludgerigrundschule als Ort Gemeinsamen Lernens zu erteilen. Des Weiteren erläutert Herr Kortendieck, dass die Ludgerischule schon seit vielen Jahren Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf aufnehme, ohne formal als Ort Gemeinsamen Lernens bestimmt zu sein. Seit dem Jahr 2014 werden auch in der Ostwallgrundschule und der Mariengrundschule Kinder inklusiv beschult. Der Ludgerischule zugeteiltes sonderpädagogisches Personal wird dazu anteilig auch an der Ostwall- und der Mariengrundschule eingesetzt. Würde die Ludgerischule alleine Ort Gemeinsamen Lernens, würde die Schule zusätzlich zu den allgemeinen Pädagogen ein Stellenbudget von einer halben Stelle pro Zug, also 1,5 Stellen, erhalten. Momentan stehen 3,2 Stellen zur Verfügung. Nach Ansicht von Herrn Kortendieck sei es daher angezeigt, alle drei Grundschulen als Orte Gemeinsamen Lernens einzurichten. Der derzeitige Status quo müsse zumindest gehalten werden. Zudem würde damit auch ein Signal gesetzt, dass alle Grundschulen in Lüdinghausen zur inklusiven Beschulung bereit seien.

Stv. Tüns lobt die gute Kooperation der drei Grundschulen. Zudem verweist er auf die neue Landesregierung und stellt klar, dass die Haltung der CDU zum Erhalt der Förderschulen bekannt sei. Insofern schlägt er vor, über dieses Thema nicht schon in der nächsten Sitzung des Rates am 08.06.2017 zu entscheiden sondern bis zur letzten Ratssitzung vor der Sommerpause zu warten. Vielleicht ist bis dahin schon ein möglicher Dissens in der Landesregierung ausgeräumt und Änderungen bei der künftigen inklusiven Beschulung bekannt. Diesbezüglich solle die Verwaltung mit dem Kreis oder auch der Bezirksregierung Kontakt aufnehmen.

SkB. Schnittker ergänzt, dass die Förderschulen gleichrangig neben den Schulen der allgemeinen Bildung stehen sollen, die Schulen bislang aber weder personell noch sachlich bzw. materiell ausgestattet sind, um eine angemessene Förderung zu leisten. Auch er plädiert dafür, den derzeitigen Status quo, obwohl er aus seiner Sicht nicht ausreichend sei, zumindest zu halten. Insofern solle mit der Entscheidung in der nächsten Ratssitzung noch abgewartet werden.

Dem Vorschlag der CDU kann Stv. Gernitz zunächst nicht folgen und stellt die Frage, inwieweit bei einer zeitlichen Verzögerung Nachteile entstehen. Herr Kortendieck verneint dies und erklärt, dass nach Auskunft des Schulamtes eine Entscheidung bis zu den Sommerferien benötigt wird.

Von Stv. Schäfer werden ebenfalls keine Gründe für ein Verschieben der Entscheidung gesehen. Vielmehr wundert er sich, dass die Stadt Lüdinghausen erst jetzt vom Schulamt angeschrieben wurde. In anderen Kommunen sei dies schon wesentlich früher erfolgt. Er stellt klar, dass eine Schlechterstellung der Schulen nicht akzeptabel sei und die derzeit vorhandenen 3,2 Stellen zumindest beizubehalten seien.

Ebenso sieht SkB. Haase keine Notwendigkeit für ein Verschieben. Für sie ist wichtig, dass der Beschlussvorschlag unter Beteiligung der Schulen erfolgt und der Status quo zu sichern sei.

Herr Kertelge fragt nach, inwieweit die Schulen einen sachlichen Bericht über die Umsetzung von Inklusion in den Schulen geben könnten, ob die Voraussetzungen dafür angemessen sind und wie hoch die Weiterbildungsquote sei. Daraufhin erteilt die Ausschussvorsitzende der im Zuschauerraum anwesenden Leiterin der Ludgerigrundschule, Frau Grewe, das Wort. Sie teilt mit, dass es für einen umfassenden Bericht zur Umsetzung der Inklusion in den Schulen Zeit zur Vorbereitung bedarf. Des Weiteren berichtet sie, dass in der Schuleingangsphase (Klassen 1 und 2) die Kinder zunächst ohne eine formelle Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs aufgenommen werden. Diese Kinder können nur präventiv gefördert werden. Erst in den Klassen 3+4 wird ein Förderbedarf festgestellt. Für diese Kinder werden dann zusätzliche Pädagogen-Stellen eingerichtet, die der Grundschulleitung unterstehen. Durch die enge Zusammenarbeit von Schule, Schulamt und Schulträger sei in Lüdinghausen ein System geschaffen worden, welches gerne auch als Lüdinghauser Modell bezeichnet würde und das durch die anteilige Verteilung der Sonderpädagogen auf die jeweiligen Grundschulen den Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine adäquate Beschulung ermögliche. Frau Grewe betont, dass der so erarbeitete Status quo erhalten bleiben müsse. Herr Kortendieck schlägt daher vor, dass eine umfassende Darstellung der Umsetzung von schulischer Inklusion in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses erfolgen könne.

Stv. Wischnewski sieht ebenso wie Stv. Reichmann den Bedarf für eine Entscheidung jetzt gegeben. Auf Änderungen könne dann immer noch reagiert werden. Stv. Reichmann betont, dass dieser Ausschuss keinen Beschluss sondern eine Empfehlung für den Rat unter Zugrundelegung der aktuellen Rechtslage ausspreche und wundert sich insofern über die Haltung der CDU-Fraktion.

SkB. Kocar ergänzt, dass bereits 2010 im Landtag beide großen Parteien im aufzubauenden System zur schulischen Inklusion die allgemein-bildenden Schulen als Förderort etablieren wollten, jedoch Maßnahmen zum Teil überstürzt und unter Druck getroffen werden mussten und zudem zu wenig darüber geredet worden sei, dass Inklusion auch funktionieren könne.

Ob Kinder mit einer körperlichen und geistigen Behinderung hiervon nicht betroffen sind und für diese Kinder womöglich noch Stellen oben drauf kommen, wird von Stv. Schäfer hinterfragt. Schließlich seien diese Kinder im Schreiben des Schulamtes nicht erwähnt. Es sei daher nichts zu verlieren, wenn schon jetzt eine Entscheidung getroffen wird.

Durch Stv. Tüns wird festgestellt, dass das Lüdinghauser Modell gut funktioniert und regt an, die Landesregierung hierauf hinzuweisen, um sich die Umsetzung selbst vor Ort anschauen zu können. Er erhofft sich von der neuen Landesregierung schon in Kürze Hinweise zur künftigen Umsetzung der schulischen Inklusion zu erhalten und appelliert nochmals, diese Hinweise abzuwarten. In der übernächsten Ratssitzung können dann ja immer noch abgestimmt werden.

SkB. Schnittker spricht sich klar für die Inklusion aus. Behinderte Personen seien nicht auszugrenzen. Dies bedeute aber nicht, dass Kinder nur noch an einer Schule beschult werden und in Folge der Mindestgrößenverordnung Förderschulen schließen. Insofern solle die Zeit bis zu den Sommerferien abgewartet werden.

Herr Kortendieck schlägt vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltung um den Halbsatz „mindestens unter Beibehalten des derzeitigen Status quo“ zu ergänzen.

Als erstes lässt die Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag von Herrn Tüns abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, erst in der letzten Sitzung vor der Sommerpause über die Einrichtung der Grundschulen als Schulen Gemeinsamen Lernens zu entscheiden.

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	8
Enthaltungen:	0

Als nächstes wird über den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit der zuvor genannten Ergänzung abgestimmt.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Lüdinghausen, mindestens unter Beibehaltung des derzeitigen Status quo die Zustimmung für eine dauerhafte Einrichtung der Ludgerigrundschule, Ostwallgrundschule und Mariengrundschule als Schulen Gemeinsamen Lernens nach § 20 Abs. 5 SchulG NRW zu erteilen.

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	6

TOP 3) Bericht zur Umsetzung von Schulsozialarbeit in Lüdinghausen
Vorlage: FB 4/594/2017

Herr Kortendieck führt in den Tagesordnungspunkt ein und erklärt, dass Schulsozialarbeit zuletzt Thema in den Haushaltsberatungen war und die Verwaltung um einen Bericht zur Umsetzung gebeten wurde. Herr Kortendieck führt weiter an, dass seit dem 01.05.2017 das Gymnasium Canisianum über einen Mitarbeiter im Rahmen einer halben Stelle für die Schulsozialarbeit verfügt und für die Grundschulen ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt worden sei und die Angebote momentan ausgewertet würden. Als Basis für die Umsetzung von Schulsozialarbeit soll künftig ein von der Verwaltung erarbeitetes Konzept dienen, das der Sitzungseinladung beigelegt ist.

Um über die Umsetzung von Schulsozialarbeit vor Ort zu berichten, erteilt die Ausschussvorsitzende auf Bitte von Herrn Kortendieck dem Leiter des Gymnasiums Canisianum, Herrn Dahmen, das Wort.

Zunächst dankt Herr Dahmen diesem Ausschuss und dem Rat der Stadt Lüdinghausen dafür, dass Schulsozialarbeit am Gymnasium Canisianum und den Grundschulen möglich ist. Des Weiteren dankt er der Verwaltung für die schnelle Umsetzung und zeigt sich erfreut

über den unkomplizierten Umgang mit dem für die Umsetzung beauftragten Träger Kolping. Herr Dahmen schildert weiter, dass bereits nach vier Wochen, seit dem Herr Tim Stucke als Schulsozialarbeiter seinen Dienst an der Schule verrichtet, ein durchatmen in der Lehrerschaft zu verspüren und eine Verbesserung der Situation eingetreten sei. Die Kolleginnen und Kollegen in der Lehrerschaft, die nicht vorbereitet auf den Umgang mit den in der internationalen Förderklasse aufgenommenen Flüchtlingskindern waren, haben durch Herrn Stucke bereits neue Ansätze erfahren können. Im Folgenden gibt Herr Dahmen einen Auszug aus den Aufgabenbereichen, die Herr Stucke bereits übernommen hat:

- Intervenieren bei Auseinandersetzungen
- Zur Teilnahme am Unterricht animieren bei Schulschwänzern
- Elternarbeit zusammen mit Dolmetschern der Unterbringungseinrichtung in Seppenrade
- Begleitung von Lerngruppen bei Exkursionen (differenzierend zur Klassenlehrerin tätig)
- Kontaktaufnahme zu anderen Institutionen (z.B. bei Finanzierung von Klassenfahrten)
- Führen von Einzelgesprächen zu Integration
- Maßnahme zur Verbesserung der Klassensituation für alle Schüler/innen

Herr Dahmen informiert darüber, dass am 19./20.06.2017 das Lehrerkollegium seiner Schule sowie die ehrenamtlich tätigen Eltern eine Zukunftswerkstatt durchführen werden, um Handlungsstrategien zur Integration der Schüler/innen in der Internationalen Förderklasse zu entwickeln und um festzustellen, wie die Schule sich besser aufstellen könne.

Stv. Gernitz zeigt sich erfreut darüber, dass es richtig war, eine im Fraktionsbüro der SPD entstandene Idee in Lüdinghausen umzusetzen.

Stv. Schäfer weist auf die Wichtigkeit des von der FDP-Fraktion geforderten Konzepts zur Umsetzung von Schulsozialarbeit hin. Das Konzept solle gelebt werden und auf spezifische Situationen eingehen. Zudem sei eine konkrete Stundenaufteilung auf die Schulen erforderlich, um konstruktiv arbeiten zu können. Eine Erforderlichkeit zur Änderung des Konzeptes sieht er nicht.

Auf die Erforderlichkeit einer starken Vernetzung von Schulsozialarbeit weist Stv. Tüns hin. Er führt an, bereits in den Haushaltsberatungen darauf hingewiesen zu haben, dass die Verwaltung zur Einbindung von Jugendhilfe mit dem Jugendamt des Kreises Coesfeld Kontakt aufnehmen möge. Es solle engagiert mit dem Kreis Coesfeld zusammengearbeitet werden. Insofern gehöre für Ihn auch die Einbeziehung der Jugendhilfe in das Konzept.

Herr Kertelge verweist auf die Sozialraum AG, an der auch der Kreis Coesfeld beteiligt werden könne und den Umstand, dass Schulsozialarbeit dort nie thematisiert worden sei. Hierzu erläutert Herr Kortendieck, dass die Sozialraum AG bisher auf Projektarbeit fokussiert gewesen sei und verweist auf die unter Beteiligung aller Schulen und der Jugendzentren durchgeführte Projektwoche Miteinander. Künftig soll es eine Neuausrichtung der Sozialraum AG geben. Ein nächstes Treffen ist bereits terminiert.

Durch Stv. Gernitz wird angeregt, unter Punkt 6 des Konzeptes die Teilnahme an der Sozialraum AG und unter Punkt 4 das Ziel „Interkulturelle Kompetenzen stärken“ aufzunehmen.

Stv. Tüns erklärt, das die Anregungen über die Änderungen zum Konzept ins Protokoll aufzunehmen seien, jedoch keine Abstimmung darüber erfolgen solle, da nicht über das Konzept anderer abzustimmen sei.

Stv. Wischnewski erklärt unter Zuspruch aller Ausschussmitglieder, dass es allein wichtig sei, dass geholfen wird. Dem betroffenen Kind sei es egal, wo das Geld für die Finanzierung der Schulsozialarbeit herkomme. Das Konzept müsse gelebt werden. Änderungen seien jederzeit möglich.

Nachträglich zu Protokoll: Die Vorschläge dieses Ausschusses wurden von der Verwaltung im Konzept umgesetzt. Das geänderte Konzept ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Keine
Abstimmung

**TOP 4) Medienkompetenz zu sozialen Netzwerken an den weiterführenden Schulen Lüdinghausens und in der Stadtgesellschaft - Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: FB 4/595/2017**

Die Ausschussvorsitzende bittet die CDU-Fraktion um Erläuterung ihres Fraktionsantrages. Stv. Tüns bedankt sich zunächst bei den Schulen sowie allen anderen beteiligten Institutionen für ihre Beteiligung an dem Fraktionsantrag. Anlass war die steigende Anzahl von so genannten Fake-News, mit denen gezielt Fehlinformationen verbreitet werden, vorrangig in den sozialen Medien.

Stv. Schäfer meint, dass der Antrag der CDU zu kurz greift, da auch die Grundschulen betroffen seien. Medienerziehung sei auch dort Thema. Die Ausschussvorsitzende erteilt hierzu der Leiterin der Ludgerigrundschule, Frau Grewe, das Wort. Diese erklärt, dass trotz Handyverbot für alle Schüler/innen auch in den Grundschulen Medienkompetenz thematisiert wird. Frau Grewe sieht aber vorwiegend die Eltern in der Verantwortung. Diese haben die Aufgabe zu reflektieren. Nicht selten aber verhalten sich Eltern kontraproduktiv, indem sie aufgrund des noch nicht erreichten Mindestalters ihrer Kinder für diese die Einrichtung von WhatsApp, Facebook, etc. übernehmen.

Stv. Gernitz stellt fest, dass die Schulen bei diesem wichtigen Thema gut auf dem Weg sind und dort viel passiert. Er fragt sich, was nimmt die Politik aus den Stellungnahmen der Schulen mit und wie kann die Kommune die Schulen unterstützen. SkB. Kocar ergänzt, dass die VHS hier ganz gut unterwegs zu sein scheint und verweist auf die der Sitzungseinladung beigelegte Einlassung der VHS. Kontraproduktiv sei da die Feststellung der Familienbildungsstätte, dass Eltern Angebote zur Medienberatung nicht wahrnehmen. Hier würden Eltern ihrer Erziehungsverpflichtung aus verschiedensten Gründen nicht nachkommen. Positiv sieht SkB. Kocar den Gesetzesentwurf von Justizminister Maas zur Verpflichtung auf Löschung von Fake-News und Sanktionierung, wenn Betreiber dem nicht nachkommen.

Auch Stv. Tüns stellt die Frage, wie die Politik Schule künftig bei diesem Thema unterstützen könne. Der Umgang mit Medien wurde zum ersten Mal in diesem Ausschuss aufgegriffen und solle künftig regelmäßig Thema sein. Daher bittet er die Verwaltung, diese Angelegenheit in 1 oder 1,5 Jahre wieder aufzugreifen.

Frau Christensen sieht, dass in den Schulen in Bezug auf Medienkompetenz viel getan wird. Sie erachtet die Zusammenarbeit von Eltern, Kinder und Schule für wichtig und kann sich dies auch als Aufgabe für die Schulsozialarbeit vorstellen.

Die Ausschussvorsitzende erteilt den im Zuschauerraum anwesenden Schulleitungen das Wort. Frau David, Leiterin der Realschule, erklärt, dass sie zunächst irritiert über den Fraktionsantrag gewesen sei, da dort Fake-News im Zusammenhang mit Wahlen genannt wurden. Idealerweise erfolgt nach ihrer Ansicht politische Bildung in den Schulen durch Politik zum Anfassen. Insofern lädt sie die Kommunalpolitiker ein, in die Schule zu kommen und sich den Kindern zu erklären. Darüber hinaus erklärt Frau David, dass alle Klassen der Realschule im Umgang mit Medien eine Schulung durch einen Medienpädagogen erhalten. Letztendlich sind aber die Eltern in der Verantwortung. Frau Uckelmann, Konrektorin der Realschule, schildert eindrucksvoll, wie die Schulung durch den Medienpädagogen abläuft und spricht eine Empfehlung für alle Schulen aus.

Auch Frau Hüttenschmidt, Leiterin des St. Antonius-Gymnasiums, bestätigt die Wichtigkeit der Elternverantwortung. Zudem sei auch die Zusammenarbeit zwischen den Grundschulen und den weiterführenden Schulen nicht zu verachten. Auf diesem Weg wurde zuletzt auch am St. Antonius-Gymnasium eine ähnliche Informationsveranstaltung wie an der Realschule durchgeführt. Zudem stellt Frau Hüttenschmidt die Frage nach der Finanzierung derartiger Projekte. Hierzu verweist Stv. Schäfer auf die für Schulsozialarbeit zur Verfügung stehenden Projektmittel und Herr Kertelge auf Projektmittel des Kreises Coesfeld.

Stv. Reichmann bekräftigt Frau David in ihrer Aussage, Lokalpolitik in die Schulen einzuladen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

keine
Abstimmung

TOP 5) Berichte

Herr Kortendieck berichtet, dass die Gemeinden Ascheberg, Senden und Lüdinghausen als Träger der Förderschule Burgschule Ascheberg Herrn Laschet um einen Gesprächstermin zum „Erhalt der örtlichen Förderschulen“ gebeten haben, dass die Verwaltung im Rahmen des neuen Förderprogramm Soziale Integration im Quartier 2017 des Landes NRW einen entsprechenden Förderantrag gestellt hat und dass die aktuellen Anmeldezahlen zum neuen Schuljahr 2017/2018 vorliegen. Die Berichte sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Zudem teilt Herr Kortendieck mit, dass zu den beabsichtigten Umzugsplänen des Kreises Coesfeld für die Astrid-Lindgren-Schule am 22.05.2017 ein Erörterungstermin der Südkreiskommunen mit dem Landrat stattgefunden hat und im Nachgang dazu ein weiteres Schreiben, datiert auf den 23.05.2017, an den Landrat gegangen sei. Das Schreiben ist der Niederschrift ebenfalls als Anlage beigefügt. Stv. Fichtner wünscht, dass dieses Schreiben

kurzfristig den Fraktionsvorsitzenden zur Verfügung gestellt wird. Herr Kortendieck sagt dies zu.

TOP 6) Anfragen

Stv. Schäfer bittet die Verwaltung, dass zuletzt wieder vermehrt festgestellte „wilde Plakatieren“ einzudämmen.

Stv. Gernitz regt an, um den beim Abriss der alten Sporthalle an der Tüllinghofer Straße entstehenden Engpass bei den Hallenkapazitäten abzufangen, evt. den Kunstrasenplatz von Union Lüdinghausen zu nutzen. Die Verwaltung solle hierzu Gespräche mit Union führen.

Stv. Wischnewski erkundigt sich über den Stand des Verfahrens zum Bau der Leistungssporthalle. Herr Kortendieck erklärt, dass die Baugenehmigung bereits beantragt sei und sich momentan die Erd- und Unterbauarbeiten sowie die Fundament- und Rohbauarbeiten in Vorbereitung befinden. Zudem haben regelmäßig Gespräche mit den Nutzern (Vereine, Schulen) über technische Anforderungen und Ausführung, wie z.B. Linierung, stattgefunden. Mit den Erdarbeiten soll nach Auskunft von Herrn Kortendieck Mitte/Ende August begonnen werden. Ziel für die Fertigstellung sei noch immer Ende 2018.

Susanne Havermeier
Vorsitzende/r

Andre Hülshager
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 8. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport

der Stadt Lüdinghausen am 30.05.2017

anwesend:

CDU-Fraktion

Austrup, Anke	
Bone, Hildegard	Vertretung für Herrn Michael Vogt
Schnittker, Alois	
Schulze Uphoff, Theo	Vertretung für Herrn Volker Höring
Steinkamp, Lena	
Tüns, Dieter	

SPD-Fraktion

Gernitz, Niko	
Havermeier, Susanne	
Kocar, Karl-Heinz	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Haase, Mathilde	
Reichmann, Lars	

UWG-Fraktion

Fichtner, Rüdiger	
Wischnewski, Susanne	

FDP-Fraktion

Schäfer, Gregor	Vertretung für Frau Sabine Schäfer
-----------------	------------------------------------

Beratende Mitglieder

Christensen, Gabriele	
Kertelge, Michael	

von der Verwaltung

Hülshager, Andre	
Kortendieck, Matthias	

Entschuldigt:**CDU-Fraktion**

Höring, Volker	
Vogt, Michael	

FDP-Fraktion

Schäfer, Sabine	
-----------------	--